

Griechenland

HEINZ-JÜRGEN AXT

Griechenlands Schicksal hängt ab von der Namensgebung einer kleinen, lediglich zwei Millionen Einwohner zählenden Republik im Norden des Landes. Dieser Eindruck drängte sich 1992 dem Beobachter auf. "Skopje" oder "Republik Makedonien", ist das tatsächlich die Schicksalsfrage der hellenischen Nation? So sehr man in Griechenland davon überzeugt war, so wenig waren es im Grunde die Partner im übrigen Westeuropa. Was ist mit dem Erfolg des wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms, was mit der Haltung Athens zum Vertrag von Maastricht und wie stellt sich Griechenlands Perspektive im Binnenmarkt und in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) dar? Diese an sich für die Zukunft Griechenlands zentralen Fragen wurden in den Hintergrund gedrängt von einem Konflikt, der als einer der "unnötigsten" bezeichnet wurde¹. Ende März 1993 hatte der griechische Ministerpräsident Mitsotakis zwar zugestimmt, daß das Nachbarland unter dem vorläufigen Namen "Frühere Jugoslawische Republik Makedonien" in die Vereinten Nationen aufgenommen werden solle. Wenige Tage später war der Kompromiß jedoch bereits gescheitert². Der Chronist kommt nicht umhin, die Makedonienfrage ausführlich zu erörtern, zumal hier die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EG einem ernsthaften Test – mit leider wenig schmeichelhaftem Ergebnis für die Gemeinschaft – unterzogen wurde.

Griechenlands Rückkehr in die Balkan-Geschichte: die Makedonienfrage

Mit der Zuspitzung der Makedonienfrage ist Griechenland in die Wirren der Balkan-Geschichte zurückgekehrt. Wenn in Griechenland die Makedonienfrage debattiert wird, ist immer auch die Türkei mit im Kalkül. Die griechisch-türkischen Differenzen, mit denen die Europäische Gemeinschaft bislang lediglich im östlichen Mittelmeer bei der griechischen Blockade intensiver Beziehungen zur Türkei konfrontiert war, werden der Gemeinschaft künftig auch in bezug auf den Balkan Probleme bereiten. Auf der Strecke bleibt, was Europa derzeit bitter nötig hat: eine über die nationale Perspektive hinausreichende Ausgestaltung institutioneller Strukturen zur wirksamen Einhegung von Konflikten und Instabilitäten im postkommunistischen Europa.

Ungeachtet der in den letzten Jahren stetig gewachsenen proeuropäischen Einstellung hat der Nationalismus in Griechenland an Boden gewonnen: Der Boykott griechischer Supermarktketten gegen niederländische und italienische Produkte Anfang 1992, weil die Regierungen dieser Länder angeblich das jugoslawische Makedonien diplomatisch anerkennen wollten, war ein deutliches Indiz

für die Stimmung in der Öffentlichkeit. Ebenso deutlich waren die Bemühungen von Ministerpräsident Mitsotakis – der diesen Boykott verurteilt hatte – den außenpolitischen Schaden zu begrenzen. Doch die – nicht zuletzt von führenden Regierungsmitgliedern entfachte³ – nationalistische Welle hat den Handlungsspielraum der Regierung massiv eingeschränkt: Die Regierung wäre von der nationalen Erregung hinweggefegt worden, hätte sie in der Makedonienfrage, namentlich bezüglich des strittigen Namens, zuviel Kompromißbereitschaft gezeigt. Dies war denn auch der Grund für die übrigen EG-Staaten, die griechische Position zu unterstützen, auch wenn die Plausibilität und Stichhaltigkeit dieser Position den Partnern immer weniger eingeleuchtet hat. Vieles spricht dafür, daß sich Griechenlands Erfolg – immerhin hat Athen die EG-Politik in der Makedonienfrage diktiert – als Pyrrhus-Sieg erweist: Die Europäische Gemeinschaft ist als wirksamer internationaler Akteur und Krisenmanager im Falle der südlichsten Republik des ehemaligen Jugoslawiens ausgeschieden. Vermittlungsangebote in der strittigen Namensfrage sind von der Gemeinschaft nicht mehr zu erwarten⁴. Harte Kritik mußte sich Griechenland gefallen lassen, als sich die Zweifel mehrten, daß in Griechenland die Sanktionsbeschlüsse der Vereinten Nationen gegen Serbien nur unzulänglich befolgt werden.

Athen und Skopje streiten sich wegen des Namens, unter dem die ehemalige jugoslawische Republik völkerrechtlich anerkannt werden soll. Territoriale Ansprüche auf griechische Gebiete werden befürchtet, wenn die ehemalige jugoslawische Republik erst einmal anerkannt ist.

Die EG-Partner: Test einer "gemeinsamen" Außenpolitik mißraten

Die Gemeinschaft hat bislang zwei entscheidende Beschlüsse gefaßt. Am 16. Dezember 1991 haben die Außenminister beschlossen, daß eine Anerkennung Makedoniens nur dann in Frage kommt, wenn erstens keine Gebietsansprüche gegenüber einem Nachbarstaat (Griechenland) gestellt werden, und wenn zweitens keine feindliche Propagandatätigkeit – einschließlich des Gebrauchs eines Gebietsansprüche implizierenden Staatsnamens – unternommen wird⁵.

Beim zweiten entscheidenden Beschluß konnte sich Griechenland noch weitgehend durchsetzen: Am 27. Juni 1992 legten die Staats- und Regierungschefs in Lissabon fest, daß eine Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Republik nur unter einem Namen in Frage komme, "der nicht die Bezeichnung Makedonien beinhaltet"⁶. Kompromißformeln wie "Slawo-Makedonien" konnten fortan nicht mehr den Segen der EG erhalten. Was in Griechenland als politischer Sieg gefeiert wurde, bedeutete für die Europäische Gemeinschaft eine Lähmung ihrer potentiellen Vermittlerrolle. Als sich Ende 1992 die Zeichen mehrten, daß sich zumindest einige Regierungen der EG-Länder aus den "Fesseln" der gemeinsam gefaßten Beschlüsse lösen und Skopje bilateral anerkennen wollten – nicht zuletzt um serbischen Aspirationen auf das jugoslawische Makedonien Einhalt zu gebieten –, entwickelte die griechische Regierung eine rege diplomatische Reisetätigkeit. Ministerpräsident Mitsotakis flog nach Bonn und Rom, während Außen-

minister Papaconstantinou in Moskau vorstellig wurde. Der Europäische Rat von Edinburgh im Dezember 1992 verschob das Thema der Anerkennung. Statt dessen wurde Skopje eine wirtschaftliche Hilfe in Höhe von etwa 100 Mio. DM von der Gemeinschaft in Aussicht gestellt. Zu einem Zeitpunkt, wo sich die EG anschickt, gemäß dem Vertrag über die Europäische Union aus der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu machen, hat sie die Funktionsschwächen ihrer außenpolitischen Kooperation schonunglos offenlegen müssen: Immer dann, wenn ein Mitglied für sich reklamiert, daß vitale nationale Interessen berührt werden, unterbleiben die notwendigen Entscheidungen, deren es zur aktiven Gestaltung des internationalen Umfeldes bedarf. Mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner kann die EG die Probleme der Jugoslawienkrise nicht bewältigen⁷.

Die Makedonienfrage ist auch deshalb von besonderer außenpolitischer Bedeutung, weil sich die EG nicht gescheut hat, sich über ihre eigenen Beschlüsse hinwegzusetzen. Nach der Brüsseler Entscheidung vom Dezember 1991 sollte die sogenannte Badinter-Kommission darüber befinden, welche der ehemaligen jugoslawischen Republiken unter welchen Bedingungen anzuerkennen seien. Kroatien hatte danach einige die Serben betreffende Passagen der Verfassung zu revidieren, bei Makedonien wurden die Bedingungen einer Grenzrevision und jene Verfassungsbestimmungen moniert, wonach sich Skopje um seine Staatsangehörigen in Nachbarstaaten kümmere. Auf Drängen der EG veränderte Skopje die Verfassungsbestimmungen – nur die Gemeinschaft ließ es an den entsprechenden Konsequenzen fehlen. Mittlerweile setzt man auch in Skopje kaum mehr auf die EG: Kürzlich hat die Republik ihren Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen gestellt. Es muß offenbleiben, ob der Weltorganisation gelingt, was die Europäer vor unüberwindbare Probleme gestellt hat.

Von der Makedonienfrage ist auch das deutsch-griechische Verhältnis nicht unberührt geblieben. Die deutsche Außenpolitik erweckte, seitdem sie in der EG die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durchgesetzt hatte, in Athen wiederholt den Verdacht, sich über griechische Bedenken hinwegsetzen und Skopje diplomatisch anerkennen zu wollen. Medien berichteten über antideutsche Stimmungen in Griechenland, die durch die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland zusätzlich geschürt wurden. Der Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Athen im Oktober 1992 hat in dieser Situation zur Bereinigung von Meinungsverschiedenheiten beitragen können. Die Herstellung der deutschen Einheit ist in Athen stets positiv gesehen und unterstützt worden⁸, auch wenn sich die Sorge bemerkbar machte, Deutschland könnte künftig weniger zur Finanzierung der EG und damit auch deren strukturschwachen Mitgliedsländern beitragen. Die strittige Frage der deutschen Reparationen an Griechenland ist von der Athener Regierung – mitunter zum Mißfallen der griechischen Öffentlichkeit – nicht mit Nachdruck gegenüber Bonn vorgetragen worden. Im Verhältnis zu Sofia scheint das griechische Mißtrauen, das nach der bulgarisch-türkischen Annäherung entstanden war, dadurch abgebaut zu werden, daß sich die bulgarische Regierung ganz bewußt um gute Beziehungen sowohl zu Ankara

aber auch zu Athen als dem "Tor zur EG" bemüht. Die oft dramatische Notsituation in Albanien bleibt für Griechenland weiterhin ein Problem. Auch wenn verlässliche Zahlen kaum verfügbar sind, ist mittlerweile die Rede davon, daß bis zu 200.000 Flüchtlinge aus Albanien nach Griechenland gekommen sind⁹. Athen weiß sich in dieser Situation nicht anders zu helfen, als einen Großteil der Flüchtlinge durch die Polizei wieder über die Grenze in ihre Heimat zurückzubringen. Hatte es zunächst danach ausgesehen, als ob im Verhältnis zur Türkei ein neuer Akzent sichtbar werde, nachdem Athen angekündigt hatte, seinen Vorbehalt gegen Finanzüberweisungen der Europäischen Gemeinschaft an die Türkei aufzuheben¹⁰, so ist mittlerweile klar, daß hier keine Trendwende vollzogen wurde. Der Vorbehalt gegen das Vierte Finanzprotokoll besteht unverändert¹¹.

Maastricht und Beitritt zur WEU

Das Ziel einer Europäischen Union ist in Griechenland in den letzten Jahren nachhaltig unterstützt worden. Hoffnungen setzte man darauf, daß in der EG die internen Entwicklungsrückstände u. a. durch die Strukturfonds abgebaut werden¹². Die Einrichtung eines Kohäsionsfonds wurde begrüßt. Als drittes Mitglied der EG ratifizierte das Athener Parlament am 1. August 1992 den Vertrag über die Europäische Union. 286 der 300 Abgeordneten stimmten für den Vertrag, lediglich sieben Kommunisten und der Vertreter der Ökologen votierten dagegen. Angesichts der kontroversen Debatte in anderen Gemeinschaftsländern stach die "imponierende Maastricht-Euphorie"¹³ in Griechenland hervor. Natürlich spielte auf griechischer Seite das Kalkül einer ökonomisch-finanziellen Unterstützung durch die EG eine große Rolle. Noch bedeutsamer dürfte aus griechischer Perspektive indessen der Wunsch sein, Sicherheit in der Gemeinschaft zu finden. Dies umso mehr als Griechenland sich an vielen seiner Grenzen – gerade jetzt auch im Norden – mit Instabilitäten konfrontiert sieht.

Die zügige Ratifizierung des Maastrichter Vertrages ist umso bedeutsamer gewesen, als der frühere Außenminister Antonis Samaras verkündet hatte, daß sein Land nur dann ratifizieren werde, wenn die automatische Beistandsklausel der Westeuropäischen Union (WEU) unverändert bleibe, für Griechenland also auch gegenüber der Türkei gelte¹⁴. Gerade diese Bedingung ist aber nicht erfüllt worden: Griechenland ist zwar am 20. November 1992 Mitglied der WEU geworden. Am 19. Juni 1992 – also noch vor der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages im griechischen Parlament – hatte indessen die WEU in ihrer Petersberg-Erklärung festgelegt, daß NATO- und Sicherheitsgarantien wechselseitige Geltung hätten¹⁵. Gegen das der WEU lediglich assoziierte Mitglied Türkei kann Griechenland also nicht die automatische Beistandsgarantie nach Art. 5 des WEU-Vertrages in Anspruch nehmen, weil die Türkei Mitglied der NATO ist. Daß Griechenland die ursprüngliche Idee, die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages als Druckmittel zu nutzen, zurückgestellt hat, ist ebenfalls im Kontext der Make-donienfrage zu sehen: Athen wollte den Partnern keinen Anlaß geben, von der in der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Linie abzuweichen.

Wirtschaft und Perspektiven Griechenlands in der EG

"Der Grieche nimmt weltweit die erste Stelle beim Konsum von Lebensmitteln ein, die zweite in der Welt im Whisky-Konsum und die dritte Stelle bezüglich der Lebenserwartung. Aber der Grieche liegt auch an der Spitze, was das Rauchen betrifft, bei den tödlichen Verkehrsunfällen, bei der Steuerflucht und der Zubetonierung von jedem Fleckchen Erde. Der Grieche wird die Statistiker noch verrückt machen. Er nimmt den letzten Platz in der EG beim Pro-Kopf-Einkommen, bei der Produktivität und beim Zuwachs des Bruttosozialprodukts ein, aber er erweist sich als Champion beim Konsum"¹⁶. Mehr als mit mancher Zahlenreihe sind damit Griechenlands Wirtschaftsprobleme "auf den Punkt" gebracht.

Griechenlands Achillesferse ist die Wirtschaft: Stabilisierungsbemühungen werden seit 1990 unternommen, eine durchgreifende Trendwende zeichnet sich nicht ab. Gewisse Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage sind indessen unübersehbar: Die Inflation hat sich gegenüber dem Vorjahr von 18,5 auf 15,5% verringert, das Gesamtdefizit des öffentlichen Sektors soll sich 1992 auf die Hälfte vermindert haben, das Leistungsbilanzdefizit hat abgenommen, das Haushaltsdefizit (3% 1992) ebenso. Die Arbeitslosenquote steigt jedoch weiter und pendelt sich bei 9% ein. Weitgehend ungelöst sind indes die gravierenden Strukturprobleme der griechischen Wirtschaft. Daß die Privatisierung langsam vorankommt – bedeutende Unternehmen der Zement-, und Textilindustrie sowie Werftbetriebe wurden veräußert –, bedeutet noch nicht, daß die Strukturreform als gelungen angesehen werden kann. Entsprechend skeptisch werden auch die Aussichten Griechenlands in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gesehen¹⁷. Beim Binnenmarkt zeigen sich starke Tendenzen, daß Griechenland zwar weniger starke Einbußen, aber auch weniger bedeutende Gewinne zu erwarten hat¹⁸.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Meier, Viktor, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26. 11. 1992, S. 10.
- 2 Der endgültige Name sollte in Verhandlungen unter Leitung der Vermittler Lord Owen und Cyrus Vance gefunden werden. Nachdem Griechenland verlangt hatte, daß Skopje den Stern von Vergina auf seiner Flagge zu entfernen habe, zog Makedonien sein Einverständnis zu der provisorischen Namensgebung zurück.
- 3 Zur nationalistischen Vorreiterrolle des früheren Außenministers Antonis Samaras vgl. Manoussakis, Gregor M.: Die Republik Makedonien – eine griechische Tragödie, in: Europäische Sicherheit (1992) 7, S. 374–376.
- 4 Zur Makedonienfrage und zur Haltung der beteiligten Akteure vgl. ausführlich Axt, Heinz-Jürgen: Mazedonien: ein Streit um Namen oder ein Konflikt vor dem Ausbruch?, in: Europa-Archiv 48 (1993) 3, S. 65–75.
- 5 Vgl. die Richtlinien der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und der Sowjetunion, veröffentlicht in Brüssel am 16. 12. 1991, in: Europa-Archiv 47 (1992) 3, S. D 120–D 121.
- 6 Vgl. Europäischer Rat in Lissabon am 26./27. Juni 1992, Schlußfolgerungen des Vorsitzes, abgedruckt als Dok. Nr. 1 in diesem Band.
- 7 Seinen Unmut über die griechische Politik in der EG hat der dänische Außenminister

- Uffe Ellemann-Jensen – kurz vor der Entlassung aus seinem Amt! – deutlich zum Ausdruck gebracht: "Die EG sei als Geißel des griechischen Vetorechts im EG-Ministerrat in der Makedonienfrage handlungsunfähig". Vgl. VWD-Europa v. 21. 1. 1993, S. 3.
- 8 Vgl. Pengas, Spiros: Griechenland und die Deutsche Einheit, in: Südosteuropa 41 (1992) 6, S. 364–375.
- 9 Vgl. Shannan Peckham, J. Robert: Albanians in Greek clothing, in: *The World Today* 48 (1992) 4, S. 58f.; *Le Monde* v. 19. 11. 1992, S. 7; *Süddeutsche Zeitung* v. 6./7. 2. 1993, S. 7.
- 10 Vgl. FAZ v. 27. 6. 1992, S. 1.
- 11 Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Mittelmeerländer, in diesem Band.
- 12 Vgl. hierzu ausführlicher Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/92*, S. 335–340.
- 13 So Pavlos Tzermias in der *Neuen Zürcher Zeitung* v. 4. 8. 1992, S. 13.
- 14 Vgl. das Statement von Samaras in: *Hellenic Foundation for Defense and Foreign Policy* (Hrsg.), *Yearbook 1991*, Athen 1992, S. 289.
- 15 Vgl. Tagung des Ministerrates der Westeuropäischen Union am 19. 6. 1992 auf dem Petersberg zu Bonn, in: *Bulletin der Bundesregierung* v. 23. 6. 1992, S. 649–655, hier S. 652f.
- 16 Eleftherotypia v. 13. 1. 1993, hier gekürzt zitiert nach *Athener Zeitung* v. 15. 1. 1993, S. 13.
- 17 Vgl. Psalidopoulos, Michalis: Griechenland und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion: Probleme und Perspektiven, in: *Südosteuropa* 41 (1992) 6, S. 376–387; Moschos, Dimitris/Stournaras, Yannis: *The Greek Economy after Maastricht. Policy Implications, Benefits and Costs* (unveröffentlichtes Manuskript), Ebenhausen 1992.
- 18 Vgl. hierzu die demnächst als umfassende Auswertung vorliegender Primärerhebungen erscheinende Arbeit von Tassos Giannitsis, die im Rahmen des vom Verfasser in Kooperation mit der Stiftung Wissenschaft und Politik durchgeführten Forschungsprojekts "Griechenland und die Europäische Gemeinschaft: Was kommt nach 1992?" zur Veröffentlichung vorbereitet wird.

Weiterführende Literatur

- Analytis, Minas: Aspects des relations Albanie-Grece, in: *Hellenic Foundation for Defense and Foreign Policy* (Hrsg.): *The Southeast Yearbook 1991*, Athen 1992, S. 39–52.
- Axt, Heinz-Jürgen: Griechenlands Außenpolitik und Europa: verpaßte Chancen und neue Herausforderungen, Baden-Baden 1992.
- Axt, Heinz-Jürgen: Modernisierung durch EG-Mitgliedschaft? Portugal, Spanien und Griechenland im Vergleich, in: *Politische Vierteljahresschrift* 33 (1992) Sonderheft 23, S. 209–233.
- Coulombis, Theodore A.: Greece and the European Challenge in the Balkans, in: *Hellenic Foundation for Defense and Foreign Policy* (Hrsg.): *The Southeast Yearbook 1991*, Athen 1992, S. 75–88.
- Meinardus, Ronald: Griechenland in Europa. Probleme und Perspektiven, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 32 (1992) 4, S. 275–280.
- OECD: *Greece 1992*, Paris 1992.
- Perry, Duncan M.: Macedonia: A Balkan Problem and a European Dilemma, in: *RFE/RL Research Report* 1 (19. 6. 1992) 25, S. 35–45.
- Velissariou, Efstathios: Die wirtschaftliche Situation in Griechenland zwischen einer politisch erträglichen und wirtschaftlich notwendigen Politik, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 32 (1992) 1, S. 45–52.